

Gesamtarbeitsvertrag

abgeschlossen zwischen den

Sankt Galler Stadtwerken

als Arbeitgeberin, nachfolgend „sgsw“

und

- **Personalverband der Stadt St.Gallen**
- **Schweizerischer Verband des Personals Öffentlicher Dienste VPOD**
- **SYNA Sektion öffentliches Personal Stadt St.Gallen**

als Vertreter der Arbeitnehmenden, nachfolgend „vertragsschliessende Verbände“.

I. Grundsätze

1 Zweck

Die sgsw und die vertragsschliessenden Verbände setzen sich zum Ziel, zur positiven Entwicklung der sgsw und zum Wohl der sie tragenden Mitarbeitenden beizutragen.

Die Vertragsparteien wollen mit dieser Vereinbarung

- die Zusammenarbeit der Mitarbeitenden und der Arbeitgeberin sowie ihrer Organisation vertiefen
- Meinungsverschiedenheiten partnerschaftlich in einem geregelten Verfahren beilegen
- den Arbeitsfrieden wahren
- die soziale, wirtschaftliche und umweltverträgliche Entwicklung der Branche fördern
- die berufliche Ausbildung unterstützen
- und die Arbeitssicherheit und die Gesundheitsvorsorge in der sgsw gewährleisten.

2 Grundsätze der Personalpolitik

- 2.1 Die sgsw ist eine Arbeitgeberin mit fortschrittlichen Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Die Personalpolitik soll sozial und verantwortungsvoll sein und Voraussetzungen schaffen, damit die Mitarbeitenden in einem Klima von Respekt, Toleranz und Vertrauen arbeiten können. Das Personal soll so ausgewählt, eingesetzt und gefördert werden, dass es seine fachlichen und sozialen Fähigkeiten entfalten, entwickeln und die Aufgaben wirtschaftlich erfüllen kann.
- 2.2 Frauen und Männer sind in allen Bereichen und Funktionen rechtlich gleichgestellt. Sie erhalten gleiche Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Sie haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Mitarbeitenden dürfen wegen ihrer politischen, religiösen oder weltanschaulichen Auffassung oder ihrer geschlechtlichen Orientierung weder direkt noch indirekt benachteiligt werden.
- 2.3 Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden bezüglich Arbeitsinhalte, Arbeitsabläufe und Arbeitsplätze sind so zu gestalten, dass ein Optimum an Wohlbefinden, Sicherheit, physischer und psychischer Gesundheit gewährleistet ist.
- 2.4 Die sgsw verpflichtet sich zu einem Führungsverständnis, das für die Mitarbeitenden Kompetenzen, Mitwirkungsmöglichkeiten und Übernahme von Verantwortung gewährleistet. Den einzelnen Mitarbeitenden steht dies insbesondere bei allen Entwicklungsfragen zu, welche den eigenen Arbeitsplatz direkt betreffen.

- 2.5 Die Mitarbeitenden sind angehalten, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen und ihre Aufgabe in kooperativer Art nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen und die Interessen der sgsw zu fördern.

3 Geltungsbereich

Der GAV regelt die Arbeitsverhältnisse der voll- und teilzeitlich beschäftigten Arbeitnehmenden. Von diesen Regelungen ausgenommen sind die Geschäftsleitung, die Lehrlinge und die Praktikanten der sgsw.

4 Vertragsbestandteile

Anhänge

5 Koalitionsfreiheit

- 5.1 Das Koalitionsrecht ist gewährleistet.
- 5.2 Bekanntmachungen der vertragsschliessenden Verbände dürfen an speziellen Anschlagbrettern und im Infonet/Intranet publiziert werden.

6 Zusammenarbeit zwischen den sgsw und den Personalverbänden

- 6.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich gemäss der Zielsetzung dieser Vereinbarung zu einer auf Treu und Glauben beruhenden Zusammenarbeit. Sie besprechen alle Fragen von gemeinsamem Interesse. Sie treffen sich zu diesem Zweck mindestens einmal jährlich.
- 6.2 Die Zusammenarbeit setzt eine offene und frühzeitige Information zwischen der Geschäftsleitung der sgsw und den vertragsschliessenden Verbänden voraus. Sie orientieren sich regelmässig über alle wichtigen Fragen der Arbeit, des Arbeitsplatzes, der Arbeitsorganisation und des Arbeitsverhältnisses. Die vertragsschliessenden Verbände sind berechtigt, der Geschäftsleitung der sgsw schriftliche Eingaben und Vorschläge einzureichen. Die sgsw prüft diese innert nützlicher Frist, bespricht diese mit dem Eingabesteller und teilt den Entscheid auf Verlangen schriftlich mit.
- 6.3 Änderungen oder Ergänzungen des GAV und der darin erwähnten Reglemente können von den Vertragsparteien einmal jährlich beantragt werden. Über diese Begehren sind innert 3 Monaten zwischen den Vertragsparteien Verhandlungen aufzunehmen. Die so revidierten Bestimmungen werden in einem Anhang dem GAV beigelegt.
- 6.4 Erwägt die sgsw aus betriebswirtschaftlichen Gründen (Verlegung des Geschäftssitzes, organisatorische und strukturelle Massnahmen etc.) einschneidende Massnahmen, wird in Zusammenarbeit mit den vertragsschliessenden Verbänden ein Sozialplan ausgearbeitet. Dabei sollen Vereinbarungen getroffen werden, um allfällige Här-

ten zu vermeiden. Die Gespräche werden frühzeitig und vor einer allfälligen Beschlussfassung aufgenommen.

7 Friedenspflicht

- 7.1 Die Vertragsparteien anerkennen die Bedeutung des Arbeitsfriedens und verpflichten sich, diesen zu wahren und zu seiner Einhaltung auf ihre Mitglieder einzuwirken.
- 7.2 Alle Streitigkeiten sind nach Art. 8 ff. dieser Vereinbarung beizulegen.

8 Verfahren bei Streitigkeiten

- 8.1 Die Vertragsparteien sind bemüht, Streitigkeiten aus dem GAV sowie aus Anhängen und Ausführungsbestimmungen fair und einvernehmlich in direkten Verhandlungen zu lösen.
- 8.2 Bei Streitigkeiten zwischen der sgsw und einzelnen Mitarbeitenden kann in den Fällen von Art. 9.1 jede Partei die Paritätische Schlichtungskommission anrufen.
- 8.3 Bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien ist vorerst zwischen der Geschäftsleitung und den Verbänden zu verhandeln.

Kommt keine Einigung zustande, können die vertragsschliessenden Verbände den Verwaltungsrat des Unternehmens für eine Verhandlung anrufen.

Erfolgt keine Verständigung, kann jede Vertragspartei das Schiedsgericht nach Art. 10 anrufen.

- 8.4 Bei Verletzung des GAV wird die fehlbare Vertragspartei schadenersatzpflichtig.
- 8.5 Während eines Schlichtungs- oder Schiedsgerichtsverfahrens ist eine Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit grundsätzlich zu unterlassen.

9 Paritätische Schlichtungskommission

- 9.1 Die Paritätische Schlichtungskommission ist zuständig für alle Streitigkeiten zwischen den sgsw und einzelnen Mitarbeitenden.
- 9.2 Sie besteht aus fünf Mitgliedern. Jede Vertragspartei bezeichnet zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied. Diese werden für die Dauer des GAV gewählt.

Die Präsidentin oder der Präsident wird von den Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Können sich die Vertragsparteien nicht auf eine Präsidentin oder einen Präsidenten einigen, haben beide zwei Wahlvorschläge zu machen. Einer der beiden Vorschläge kann von der anderen Seite abgelehnt werden. Anschliessend entscheidet das Los.

- 9.3 Das Verfahren bei der Paritätischen Schlichtungskommission wird mit Eingang eines schriftlich begründeten Gesuchs bei der Präsidentin bzw. beim Präsidenten eingeleitet.
- 9.4 Die Paritätische Schlichtungskommission unterbreitet den Parteien einen Einigungsvorschlag. Wird dieser von beiden Parteien innert 14 Tagen nach mündlicher oder schriftlicher Eröffnung nicht ausdrücklich angenommen, gilt er als abgelehnt.
- 9.5 Die Paritätische Schlichtungskommission entscheidet in diesem Verfahren abschliessend.
- 9.6 Der Entscheid erfolgt in einem einfachen Verfahren innert drei Monaten nach Eingang des Gesuchs (Art. 9.3). Vor einem Entscheid hört die Paritätische Schlichtungskommission die Parteien an. Sie entscheidet mit der Mehrheit der Stimmen. Zur Beschlussfähigkeit bedarf es der Anwesenheit aller Mitglieder. Bei Verhinderung eines Mitglieds ist das Ersatzmitglied zu stellen.
- 9.7 Das Verfahren ist unentgeltlich. Die Entschädigungen für die Mitglieder bezahlen die Vertragsparteien je zur Hälfte. Die Parteikosten trägt jede Seite selber.

10 Schiedsgericht

- 10.1 Das Schiedsgericht ist zuständig für Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über Auslegung und Anwendung des GAV sowie dessen Anhänge und Ausführungsbestimmungen, inkl. Entlohnung gemäss Abschnitt II Art. 10.
- 10.2 Will eine Vertragspartei das Schiedsgericht anrufen, hat sie dies der Gegenpartei mit eingeschriebenem Brief und unter gleichzeitiger Nennung einer Schiedsperson bekanntzugeben.

Die Gegenpartei hat innert 14 Tagen seit dem Empfang dieser Mitteilung ebenfalls eine Schiedsperson zu bezeichnen.

Die beiden Schiedspersonen bestimmen anschliessend innert 14 Tagen eine Präsidentin oder einen Präsidenten des Schiedsgerichtes. Kommt die Gegenpartei in Verzug oder können sich die Schiedspersonen nicht auf eine Präsidentin oder einen Präsidenten einigen, wird die Präsidentin oder der Präsident des St.Gallischen Kantonsgerichtes ersucht, die erforderliche Wahl zu treffen.

- 10.3 Das Schiedsgericht hat Sitz in St.Gallen. Es setzt das anzuwendende Verfahren selber fest. Soweit nicht abweichende Regelungen vereinbart werden, gelten das Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969 sowie subsidiär die Bestimmungen der Zivilprozessordnung des Kantons St.Gallen.

Das Verfahren soll möglichst einfach sein. Die Vertragsparteien haben Anspruch auf ein schriftlich begründetes Urteil.

Das Schiedsgericht entscheidet endgültig unter Vorbehalt der Nichtigkeitsbeschwerde gemäss Art. 9 und 36 des Konkordates über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969.

11 Vollzugskostenbeitrag

- 11.1 Zur Deckung der mit dem GAV verbundenen Kosten wird ein Solidaritätsbeitrag von monatlich 20 Franken pro Mitarbeitenden erhoben. Die Hälfte dieses Beitrages leistet die sgsw, die andere Hälfte wird den Mitarbeitenden vom Lohn abgezogen. Für Mitglieder der vertragsschliessenden Personalverbände sind die Beiträge im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Ihnen werden die Solidaritätsbeiträge von den Verbänden zurück-erstattet.
- 11.2 Die Solidaritätsbeiträge werden in einen Solidaritätsfonds eingelegt. Aus diesem Fonds werden Aufwendungen finanziert, die mit dem Vollzug dieses GAV und mit der kollektiven Interessenvertretung des Personals einen direkten Zusammenhang haben.

12 Vertragsloser Zustand

- 12.1 Der vertragslose Zustand tritt ein, wenn sich die Vertragsparteien nach Kündigung des GAV bis zu dessen Ablauf nicht über einen neuen geeinigt haben.
- 12.2 **Ist drei Monate** vor Ablauf des GAV keine Einigung über einen neuen erfolgt, hat jede Vertragspartei innert 14 Tagen eine Schiedsperson zu bezeichnen und der Gegenpartei bekanntzugeben.

Die beiden Schiedspersonen bestimmen anschliessend innert 14 Tagen eine Präsidentin oder einen Präsidenten des Schiedsgerichtes. Kommt eine Vertragspartei in Verzug oder können sich die Schiedspersonen nicht auf eine Präsidentin oder einen Präsidenten einigen, wird die Präsidentin oder der Präsident des St.Gallischen Kantonsgerichtes ersucht, die erforderliche Wahl zu treffen.

- 12.3 Das Schiedsgericht hat Sitz in St.Gallen. Es setzt das anzuwendende Verfahren selber fest. Soweit nicht abweichende Regelungen vereinbart werden, gelten das Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969 sowie subsidiär die Bestimmungen der Zivilprozessordnung des Kantons St.Gallen.

Das Schiedsgericht stützt seine Entscheidung auf den bisherigen GAV und die bei den übrigen Energieversorgungsunternehmen mit mehrheitlich öffentlicher Trägerschaft geltenden Anstellungsbedingungen. Die Ertragslage des Unternehmens ist angemessen zu berücksichtigen.

Das Verfahren soll möglichst einfach sein. Die Vertragsparteien haben Anspruch auf ein schriftlich begründetes Urteil.

Das Schiedsgericht entscheidet endgültig unter Vorbehalt der Nichtigkeitsbeschwerde gemäss Art. 9 und 36 des Konkordates über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969.

- 12.4 Der Schiedsspruch hat spätestens 14 Tage vor Ablauf des geltenden GAV zu erfolgen. Der Entscheid gilt rückwirkend, wenn der Schiedsspruch ausnahmsweise später ergeht.
- 12.5 Der Schiedsspruch hat Gültigkeit für höchstens ein Jahr nach Eintritt des vertragslosen Zustandes.
- 12.6 Kommt kein Anschluss-GAV zustande, besteht während einem Schiedsverfahren und der Geltungsdauer des Schiedsspruches die Friedenspflicht gemäss Artikel 7 GAV weiter.

13 Vertragsdauer und Kündigung

- 13.1 Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 2002 in Kraft und dauert bis 31. Dezember 2005 (Vertragsdauer vier Jahre).
- 13.2 Wird er nicht wenigstens 6 Monate vor seinem Ablauf gekündigt, so erneuert er sich jeweils um ein weiteres Jahr.
- 13.3 Eine allfällige Kündigung des Vertrages hat in eingeschriebener Form zu erfolgen. Gleichzeitig mit der Kündigung sind die Gründe bzw. Änderungsvorschläge den Vertragsparteien mitzuteilen.